



Die Internationale Arbeiterkorrespondenz

Nr. 23, Feb. 2025

Internationalistische Sozialistische Gruppe
deutsche Sektion des Organisationskomitees
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)
<https://internationalistische-sozialistische-gruppe.org>

**Einladung zum Treffen der Internationalistischen Sozialistischen Gruppe (ISG)
am Mittwoch, 19. Februar 2025, 18.00 Uhr (per Videokonferenz *)**

Diskussion der Erklärung des Organisationskomitees für die
Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)

**Trumps Drohungen gegen das palästinensische Volk in Gaza.
Alle Arbeiter und Völker der Welt sind betroffen!**

Trumps Erklärung vom 4. Februar, in der er damit droht, den Gazastreifen „unter Kontrolle“ zu bringen, um ihn nach der Vertreibung von zwei Millionen Palästinensern daraus zur „Riviera des Nahen Ostens“ zu machen, sollte nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Es ist das erste Mal seit dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus im Mai 1945, dass das Staatsoberhaupt einer imperialistischen Großmacht offen die Forderung nach einer Massendeportation von Menschen in diesem Ausmaß erhebt.

Diese Drohungen kommen zu den seit dem 20. Januar ausgesprochenen hinzu: Annexion von Grönland, des Panamakanals, Kanadas, beschleunigte Kriegsvorbereitungen gegen China, Drohungen gegen Mexiko. Diese Kriegsmaßnahmen nach außen „sind untrennbar mit dem erklärten Krieg nach innen“ gegen die amerikanische Arbeiterklasse und die demokratischen Freiheiten verbunden, dessen erste Opfer der Teil der Arbeiterklasse ist, der zu den eingewanderten Arbeiterinnen und Arbeiter

gehören.

Trumps Drohungen in Bezug auf Gaza sind äußerst ernst. Niemand darf sie auf die leichte Schulter nehmen. Sie betreffen Arbeiter und Völker auf der ganzen Welt.

Sie sind die direkte Antwort auf die Bewegung, mit der Ende Januar 500.000 Palästinenser - Männer, Frauen, Kinder und alte Menschen - trotz derer, die es ihnen verboten hatten, zu Fuß Dutzende von Kilometern in den nördlichen Gazastreifen zurückkehrten, um ihre Zelte auf den Ruinen ihrer Häuser aufzuschlagen. Trotz eines fünfzehnmonatigen Völkermords durch Israel - das geplant hatte, den nördlichen Gazastreifen zu „räumen“ und zu annektieren -, trotz des Leidens und des Opfers von Zehntausenden von Menschenleben hat das palästinensische Volk gezeigt, dass es weder auf die Rückkehr noch auf sein Land oder seinen Willen, eine eigene Nation zu bilden, verzichtet. Diese Bewegung ist die der palästinensischen Revolution, deren treibende Kraft seit 1948 die Forderung nach dem Recht auf Rückkehr ist. Das Fortbestehen der elementaren demokratischen Forderungen nach dem Recht auf Rückkehr, auf Land und auf eine Nation ist

*** Zusendung des Links erfolgt nach
Anmeldung unter okw4i@web.de**



➔ für den Imperialismus unerträglich.

Mit seiner Drohung einer direkten Intervention der USA in Gaza, einschließlich einer militärischen, stellte Trump implizit die Fähigkeit des zionistischen Staates in Frage, weiterhin die Rolle zu spielen, die er seit 76 Jahren als vorgeschobener Stützpunkt des US-Imperialismus im Nahen Osten spielt. Und das trotz Netanjahus enthusiastischer Erklärungen und der Bereitschaft seines Verteidigungsministers, *„die israelische Armee anzuweisen, einen Plan auszuarbeiten, der es jedem Bewohner von Gaza, der dies wünscht, ermöglicht, an jeden Ort der Welt zu reisen, der bereit ist, ihn aufzunehmen“*. Gleichzeitig erinnerte Außenminister Rubio, indem er Trumps Äußerungen über eine mögliche Entsendung von US-Truppen nach Gaza dementierte, daran, dass, fünfzig Jahre später das Gespenst seiner bitteren Niederlage in Vietnam immer noch durch die Führungsspitzen des US-Imperialismus geistert.

Die empörten Reaktionen sowohl der reaktionären arabischen Regime (allen voran Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien) als auch der UNO, der Europäischen Union und ihrer wichtigsten Staatsschefs wie Macron oder Starmer können niemanden täuschen. Sie alle haben zusammen mit Biden Netanjahus Völkermord in Gaza und seine Verbrechen im Westjordanland unterstützt, die es Trump nun ermöglichen, eine neue Stufe zu erklimmen. Und die imperialistischen Länder haben ihrerseits Israel bewaffnet und finanziert. All jene unter ihnen, die Trumps Provokationen die sogenannte »Zwei-Staaten-Lösung« entgegensetzen, stoßen auf die Realität: Es gibt keine Alternative: entweder Vertreibung und Völkermord oder ein säkularer, demokratischer palästinensischer Staat auf dem gesamten Gebiet des historischen Palästinas, der allen seinen Bürgern gleiche Rechte garantiert.

Sicherlich gab es noch andere Motive, die Trump zu seinen Äußerungen veranlassten, wie etwa die jüngsten Entdeckungen von Offshore-Gasvorkommen, ganz zu schweigen von der Beteiligung seines Schwiegersohns an »Immobilien«-Projekten im Gaza-Streifen. In dieser Hinsicht argumentiert Trump nicht anders, als wenn er seine Militärhilfe für die Uk-

raine von der Plünderung seltener Erden abhängig macht. Genauso wie seine Kriegsvorbereitungen gegen China in erster Linie durch die Forderung der Wall Street motiviert sind, die auf Staatseigentum basierende chinesische Wirtschaft zu zerschlagen, um die Wirtschaft und die natürlichen Ressourcen, die dem chinesischen Volk gehören, zu plündern.

Unter allen Umständen drückt Trump nur das Bedürfnis der Kapitalistenklasse in den USA aus, ungehindert zu tun, was sie will, wo sie will und wie sie will, indem sie den Rest der Welt überrollt und die Menschheit in die Barbarei stürzt. Dies ist der wahre Inhalt ihrer Losung »America first«. Trump und seine faschistische Brutalität ist nur ein Ausdruck der Sackgasse des verrottenden kapitalistischen Systems, dessen einzige Alternative der Kampf für den Sozialismus ist.

Das Organisationskomitee für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK) bekräftigt:

- Es ist nicht Sache der Trump-Administration, über die Zukunft des palästinensischen Volkes oder irgendeines anderen Volkes zu entscheiden: Sie ist der Feind aller Arbeiter und Völker der Welt.
- Es ist auch nicht Sache der UNO oder der internationalen Institutionen, die an den Verbrechen gegen das palästinensische Volk mitschuldig sind, dies zu entscheiden.
- Es ist die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter weltweit und in den USA, die den Völkern, einschließlich des palästinensischen Volkes, eine Zukunft eröffnen wird.
- Es ist das unveräußerliche Recht der palästinensischen Flüchtlinge, ihr Recht auf Rückkehr auszuüben, unabhängig davon, ob es sich um Flüchtlinge von 2025, 1967 oder 1948 handelt.

Diese Fragen werden im Mittelpunkt des Beitrags stehen, den die Mitglieder des OK auf dem internationalen Dringlichkeitstreffen gegen den globalen imperialistischen Krieg darlegen werden, das am 21. und 22. März in Paris Aktivisten, Gruppen und Strömungen aller Richtungen der Arbeiterbewegung zusammenführen wird.

6. Februar 2025

Vor der Bundestagswahl am 23.2.: Das »kleinere Übel« gibt es nicht

Am Tag der Bekanntgabe des Wahlergebnisses in den USA bricht die Regierung Scholz endgültig zusammen. Der entscheidende Auslöser ist der massive Konflikt zwischen den bürgerlichen Parteien Grüne und FDP einerseits und der Führung der SPD als bürgerlicher Arbeiterpartei andererseits in der Frage der Ausweitung der Kriegsführung und der Bereitstellung weiterer Milliarden für das Selskyj-Regime sowie für die Bundeswehr (»Kriegstüchtigkeit«) unter Beibehaltung des Rahmens der »Schuldenbremse«, d.h. unter dem Regime der Verschärfung des sozialen Krieges im Inneren gegen die Er rungenschaften, Tarifverträge und Löhne der Arbeiterklasse sowie des Rechts der Jugend auf eine Zukunft.

In ihrem Text »Der Wiederaufbau der Internationalen« (in »Die Internationale« Nr. 1 von 1915) schrieb Rosa Luxemburg: *„Mit dem 4. August [1914] hat die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt zu »schweigen« eine hochwichtige geschichtliche Funktion übernommen: die des Schildknappen des Imperialismus im gegenwärtigen Kriege.“*

Keine Frage: Scholz und die SPD-Führung rütteln keineswegs am Rahmen der Verteidigung imperialistischer Interessen und Ansprüche. Als getreuer Schildknappe hat Scholz die Anforderung des US-Imperialismus unter Biden umgesetzt: Mit der »Zeitenwende«, dem 100-Milliarden-»Sondervermögen« für die Bundeswehr, »Ukraine-Hilfen« (direkt oder über EU) und der Zusage zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland...

Doch der US-Imperialismus demonstriert, dass die bestehende Weltordnung und die mit ihr verbundenen Institutionen nicht länger seinen kapitalistischen Interessen entspricht. Trump drückt dies klar mit Blick auf den Panamakanal, Grönland, Kanada und China klar aus. Wenn erforderlich, setzt der US-Imperialismus seine Interessen mit Gewalt durch. Dies schließt die Anforderungen nach Steigerung der Kriegshaushalte (5 Prozent des BIP, für Deutschland rd. 230 Milliarden.) und die drastischen Zölle ein.

Die Infragestellung der »regelbasierten Weltordnung« hat unmittelbar Auswirkungen auf die für das Kapital erforderliche Regierung in Deutschland. Die FDP machte den Weg frei, Scholz rief Neuwahlen aus. Merz fordert umgehend die Öffnung der EU für den US-Imperialismus durch ein »Freihandelsabkommen«. Für die Kapitalisten in Deutschland steht die gewünschte Regierungskoalition nach dem 23. Februar fest: CDU/CSU und FDP. Ihre Präferenzen gehen selbstverständlich auch in Richtung einer Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und AfD. Merz machte in Davos beim von BlackRock ausgerichteten Dinner als Kanzlerkandidat und ehemaliger BlackRock-Mann für Deutschland klar, dass jede Entscheidung seiner künftigen Regierung von der Frage ausgehe, »ist sie gut für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie?« Eine Kampfansage an die sozialen Errungenschaften und die durch Tarifverträge garantierten Löhne. Dem entspricht die Erklärung des VW-Finanzchefs, der in Davos erklärte, Volkswagen fühle sich als integraler Bestandteil der US-Wirtschaft. Zur

Erreichung des Ziels, in den USA den Marktanteil zu verdoppeln, wirft der Konzern in Deutschland 35.000 Werk tige auf die Straße.

CDU/CSU, AfD, FDP, BSW:

Einheit in der Hetze gegen Migranten

In trumpscher Manier erklärt Merz, er werde am »ersten Tag« seiner Kanzlerschaft die Grenzen für Migranten dichtmachen und fügt hinzu: *„Mir ist es völlig gleichgültig, wer diesen Weg politisch mitgeht. Ich sage nur, ich gehe keine anderen.“* Nachdem Musk die AfD - *„der letzte Funken Hoffnung für das Land“* - gelobt hatte, nimmt die Hauptpartei der Bourgeoisie in Deutschland Kurs auf die Zusammenarbeit mit den Rechtsradikalen und Faschisten. Die FDP stimmt zu. Die AfD jubelt, sieht sie doch, dass Merz die »Brandmauer« gesprengt hat. Und für das BSW erklärt Wagenknecht: *„Wir werden zustimmen, aber die Merz-Anträge sind teilweise bloße Symbolik und werden das Problem nicht lösen.“* Die reaktionäre Initiative von Merz ist für Wagenknecht unzureichend. Das BSW, verehrt von den Revisionisten der ISA, CCI, POSI... wird von ihnen durch Aufrufe - *„nur das ... BSW steht klar und entschieden für eine Politik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit“* - unterstützt. *„Sichere Grenzen: Unkontrollierte Migration stoppen“* sind für sie bestenfalls »Schönheitsfehler«, konkret *„Positionen in dem Wahlprogramm, die weiter diskutiert werden sollten und müssen“*. Aber diese Positionen stehen im Wahlprogramm des BSW und die Revisionisten rufen auf zu seiner Wahl. Es bleibt dabei: Man kann nicht das Asylrecht und die Aufnahme von Flüchtlingen, die vor dem imperialistischen Krieg fliehen, und zugleich das BSW unterstützen, das eben dies mit der CDU und den Rechtsradikalen und Faschisten AfD im Bundestag gemeinsam zu Fall bringen will. Diese Kräfte haben den Boden des Programms der IV. Internationale schon lange verlassen.

Merz schloss sich Trump umgehend an, als dieser eine Steigerung der Rüstungs- und Kriegsausgaben auf 5 Prozent des BIP für die NATO-Mitgliedsstaaten gefordert hatte. Grüne und FDP ebenso, die AfD hält durchaus »mehr« für erforderlich. Und die Sozialdemokraten? Scholz erklärt, wer dies fordere, müsste sagen, wie dies im Haushalt »gegenfinanziert« werde und verweist auf die Renten... Doch Scholz baut einen Popanz auf. Denn er und sein »Verteidigungsminister« sind sich einig, dass mehr Geld für Krieg und Rüstung im Haushalt bereitgestellt werden soll. Dass dies den Kahlschlag bei Renten, Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur etc. bedeutet, wagt die Sozialdemokratie nicht zu sagen. Sie liegen letztlich alle auf der Linie der »Kriegstüchtigkeit«. Und sie sind sich mit Trump einig, dass Deutschland »als europäische Führungsmacht« mehr für den Krieg und die Waffen ausgeben müsse - natürlich zu kaufen in den USA, ebenso wie Öl und Gas.



➔ Für die Arbeiterklasse und die Jugend gibt es nichts zu wählen

Mit Blick auf die Listen, die für die Bundestagswahl antreten, ist es tatsächlich so: Für die Arbeiterklasse und Jugend gibt es keine Vertretung, es sei denn, einzelne Kandidaten nehmen Position ein zur Verteidigung der Rechte der Werktätigen und der Jugend und gegen den imperialistischen Krieg! Folglich sehen sich sehr viele Kolleginnen und Kollegen deshalb außerstande, am 23. Februar irgendeiner dieser Parteien, die sich auf die Arbeiterbewegung berufen, oder aus ihr hervorgegangen sind oder die, wie das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), meint sich an die „*hart arbeitende Mehrheit im Land*“ (wer immer das auch sein soll) wenden zu können, ihre Stimme zu geben.

Der SPD-»Verteidigungsminister« rüstet mit dem »taktischen Hauptquartier der NATO« in Rostock die Ostsee auf zu einem Abschottungsriegel gegen Russland – und bricht dabei Verträge, die die Stationierung von NATO-Kräften auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ausschließen.

Erinnern wir an die mehr als 30 Zustimmungen zu Kriegskrediten an die Ukraine durch die Mehrheit der »Linken« im Parlament der EU. Erinnern wir an diejenigen, die wie das BSW ein Ende des Massakers in Gaza fordern, dies jedoch verbinden mit der „*Verantwortung, das Existenzrecht Israels ohne Wenn und Aber zu verteidigen*“, wie Wagenknecht sagt.

Möglich ist die schlechteste Wahlbeteiligung seit 1949. Diese Situation ist durch die Demoskopien messbar – auch wenn wir dies mit aller Vorsicht bewerten sollten. Das »forsa«-Institut weist darauf hin, dass Anfang Dezember 22 Prozent noch nicht gewusst haben, welche Partei sie wählen sollen. Jetzt seien es 28 Prozent. „*Die Menschen*“ würden „*nicht mehr wissen, wen sie überhaupt noch wählen sollen*“. Üblicherweise ändere sich dies im Wahlkampf. Nun sei der »Trend« entgegengesetzt.

Eine historisch schlechte Wahlbeteiligung ist aus Sicht der Arbeiterklasse und Jugend keine Überraschung. Denn die Situation im Klassenkampf ist geprägt vom Widerstand der Arbeiterklasse und der Jugend gegen den zerstörerischen Krieg, die Zerstörung der Produktion (in erster Linie Stahl und Automobil), die Zerstörung der Bildung von der Kita bis in die Universität, den Kahlschlag im Gesundheitswesen (das vom SPD-Gesundheitsminister mit einem Kliniksterben gigantischen Ausmaßes überzogen wird, einer Pflege, die unter dem Personalmangel zusammenbricht), die Senkung der Renten (der immer mehr versicherungsfremde Lasten zugunsten der Reichen aufgebürdet werden), den Zusammenbruch der Infrastruktur von der Bahn, über die Post bis zu den Brücken... Der Widerstand der Arbeiterklasse steht im krassen Widerspruch zum Kurs des »Burgfriedens«, den die Führungen der Gewerkschaften 2022, kurz nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine ausgerufen und mit der Integration in Scholzens »konzertierte Aktion« gegen die Tarifverträge und -löhne umgesetzt haben. Ohne diesen Burgfrieden wären die Angriffe des Kapitals und die Kriegsmaschinerie nicht denkbar. Löhne, Errungenschaften oder Profite, insbesondere Kriegsprofite – vor dieser Alternative soll die Arbeiterklasse gestellt werden. Denn Kapital und Regierung brauchen die politische Wende im Interesse der erhöhten

Profite und Renditen – auf Kosten von Gesundheit, Bildung, Wohnangeboten, Sozialstaat, Löhnen und Arbeitsplätzen, auf Kosten der Werktätigen und Jugend!

Stahl- und Automobilindustrie demonstrieren ihr Programm: Löhne runter, Profite rauf. Rüstungs- und Kriegsproduktion rauf und weitere Zerstörung der öffentlichen Haushalte, Schulen, Universitäten, des Gesundheitswesens... Dazu »passt«, wenn die FDP das Streikrecht in „*kritischen Bereichen*“ wie Transport, Gesundheits- und Sozialversorgung, Kindertagesstätten, Energie, Brand- und Zivilschutz sowie Abfallentsorgung einschränken will, da sonst „*ein überproportional großer gesellschaftlicher Schaden*“ drohe. Für die neue Regierung gilt: Die »Zeitenwende« muss noch brutaler fortgesetzt werden als von Scholz begonnen. Sie wird zusammenprallen mit der Wut und Empörung die unter den Werktätigen und der Jugend herrscht.

Vor welchen Aufgaben stehen wir?

Wir unterstützen als ISG den Aufruf für das internationale Dringlichkeitsmeeting gegen den globalen imperialistischen Krieg (21.-22.3.2025). Dieser globale imperialistische Krieg ist ein einziger Krieg „*von den Schlachtfeldern in der Ukraine und Russland bis zum Völkermord in Gaza und der verbrecherischen Invasion des Libanon, vom endlosen Krieg im Sudan und in der DRK bis zu den Kriegsvorbereitungen der USA gegen China*.“ Er „*ist das Ergebnis des Willens der kapitalistischen Klassen, von der Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der natürlichen Reichtümer der Welt zu leben*.“ Wenn Trump für den US-Imperialismus fordert, dass fünf Prozent des BIP für Rüstungsausgaben und Kriegsvorbereitung in den Haushalten der nachgeordneten imperialistischen Länder bereitgestellt werden, ist dies nicht mehr oder weniger als der Aufruf zur Plünderung der Haushalte. Es geht um alle Errungenschaften der Arbeiterklasse, die in Generationen erkämpft worden sind. Es geht tatsächlich um unsere Arbeitsplätze, die Renten, die sozialen Sicherungssysteme, Bildung, Gesundheitsversorgung etc., es geht um unsere Zukunft und die können wir nur erkämpfen gegen das Profitsystem.

Es geht – das zeigt das Beispiel VW, Ford, Stellantis etc. – nicht mehr um »kleine« oder »große« Forderungen und Kämpfe. Sie müssen bis zum Ende durchgesetzt und ausgefochten werden. Dafür ist die Einheit der Werktätigen und an ihrer Seite der Jugend, der Frauen usw. zu schmieden. Diese Einheit ist die Grundlage dafür, dass die Werktätigen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen können, und im Kampf um den Aufbau einer Arbeiterpartei die politische Perspektive einer Arbeiterregierung zu eröffnen, die bereit ist, die Produktionsmittel zu vergesellschaften, so wie es die Forderung der Verstaatlichung von VW unterstreicht.

Die zentrale Aufgabe aller, die für die Emanzipation der Arbeiterklasse kämpfen, ist der Aufbau einer authentischen Arbeiterpartei, die für die Einheit und für den Sozialismus kämpft. Dafür setzt sich die ISG mit aller Kraft im Komitee für eine Arbeiterpartei ein.

H.-W. Schuster, 26.1.2025

Anmerkungen zum Aufruf »*Nein zum Krieg und zum Sozialabbau!*

Eine historische Forderung der Arbeiterbewegung« - »Frieden wählen – BSW wählen«

Die Positionen des BSW sind unvereinbar mit dem Kampf der Arbeiterbewegung und der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse

Kolleginnen und Kollegen haben einen Aufruf zur Wahl des BSW unterzeichnet (vgl. Zeitung »Soziale Politik & Demokratie«, die zur Wahl des BSW aufruft). Sicherlich mit dem Willen, ihre Bereitschaft zum Kampf gegen den Krieg und gegen den sozialen Krieg im inneren d.h. zur Verteidigung der politischen und sozialen Errungenschaften zum Ausdruck zu bringen.

An diese Kolleginnen und Kollegen richtet sich dieser Beitrag zur Diskussion. Wir freuen und auf Antworten.

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien! Arbeitereinheit - gegen die bürgerlichen Parteien, gegen die AfD.

CDU/CSU, FDP, Grüne und AfD wollen eine Wende gegen die Arbeiterschaft. Sie fordern im Namen der Vorbereitung auf den Krieg der NATO gegen Russland die massive Hochrüstung und gehen gegen alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung vor. Im Namen der »Wettbewerbsfähigkeit« fordern sie die völlige Deregulierung (»Entbürokratisierung«), die weitere Zerschlagung der Bahn und Privatisierungen, die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme, sie hetzen gegen Migranten und wagen das Asylrecht und die Lebensgrundlagen Geflüchteter zu zerstören nach dem Prinzip »Brot, Bett und Seife«.

Die Werktätigen und die Jugend – unabhängig von „Farbe, Glauben oder Nationalität“ – brauchen eine Stimme! Werktätige, Gewerkschaften, Frauen, die Jugend brauchen eine Stimme, die allein ihre Interessen vertritt!

Sie wollen eine Zukunft! Dafür leisten sie Widerstand. Notwendig dafür ist die unabhängige Organisierung, der Aufbau von Verbindungen der Werktätigen und der Jugend untereinander. Wir brauchen eine Stimme! Aber diese Stimme kann nur unsere eigene sein! **Kämpfen wir gemeinsam für den Aufbau einer echten Arbeiterpartei!**

BSW wählen?

Hunderttausende mobilisieren sich im »Kampf gegen rechts«, nachdem in der letzten Januarwoche im Bundestag CDU/CSU, FDP und BSW mit der AfD den migrantenfeindlichen Initiativen des Kanzlerkandidaten Merz zugestimmt haben. In den Demonstrationen spielt der Kampf für die Verteidigung der Rechte der Migranten und die Verteidigung des Asylrechtes nur am Rande eine Rolle. Es liegt auf der Hand: Auch SPD und Grüne im Bundestag treten ein für Abschiebehaft und Abschiebung – nur nicht in Zusammenarbeit mit der AfD.

Nun treten »Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für Frieden

und soziale Gerechtigkeit« an. Darunter Kräfte, die sich mehr oder weniger als IV. Internationale ausgeben. Die Funktion des Aufrufs »Nein zum Krieg und zum Sozialabbau! Eine historische Forderung der Arbeiterbewegung« - »Frieden wählen – BSW wählen« ist unter völliger Ausblendung aller gegen die historischen und aktuellen Forderungen der Arbeiterbewegung gerichteten Positionen des BSW, diesem Bündnis das falsche Etikett, wonach es „an der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften für Arbeitnehmerrechte und gute Arbeit“ stünde, anzuheften.

Wer ins Wahlprogramm des BSW blickt, muss feststellen, dass das BSW an der Seite der Kleinbürger steht und sich der Anleihen von CDU/CSU, FDP und der SPD-Führung bedient, die die »soziale Marktwirtschaft« bedient. Nun steht es den Kräften, die sich einst auf die IV. Internationale berufen haben, frei, zur »sozialen Marktwirtschaft«, d.h. zum Kapitalismus zu konvertieren. Wer aber dies mit Forderungen der Arbeiterbewegung versucht zu kaschieren, betreibt Schindluder mit den Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, die wirklich eine Perspektive im Kampf gegen »Krieg und Sozialabbau« suchen.

Das BSW schreibt sehr klar: „*Das deutsche Erfolgsmodell muss eine soziale Marktwirtschaft sein, mit einem starken Mittelstand, starken Gewerkschaften und Arbeitnehmerrechten, sozialem Zusammenhalt, Gerechtigkeit statt Gier, Aufstiegschancen und Wohlstand für alle, die sich anstrengen*“. Den „Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern“ erklärt das Bündnis Sahra Wagenknecht im Wahlprogramm, denn: „*Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft*“. Dies verbindet das BSW mit dem Ziel, „den unternehmerischen Freiraum zu erweitern und damit Innovationen zu fördern.“ Also mehr Privatisierung und Deregulierung zu Gunsten des »Mittelstandes«.

Die »migrationspolitischen Positionen« des BSW sind keinesfalls »zum Teil sehr problematisch«! Diese Positionen sind reaktionär – durch und durch.

Sie haben nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun, sondern richten sich in spalterischer Absicht gegen die Arbeiterklasse. Am 29. Januar sagte Sahra Wagenknecht im Bundestag: „*Wir nehmen jedes Jahr Hunderttausende auf, während in Deutschland Zigttausende Wohnungen fehlen, Ärzte fehlen, Lehrer fehlen, in den ärmeren Wohnvierteln Schulen und Klassen Normalität sind, in denen die Mehrheit der Kinder kein Wort Deutsch kann. Und Sie haben über Jahre jeden, der gewarnt hat, jeden, der auf diese Probleme hingewiesen hat, in die rechte Ecke gestellt. Und was ist jetzt Ihre Antwort? Ein Abschiebeflug vor jeder Wahl, ein bisschen Symbolik. Das ist Ihre Antwort auf die Ängste der Menschen.*“



➔ Es sind für das BSW die Migrant*innen, die die Ursache der Wohnungsnot, des Ärzte- und Lehrermangels u.v.a.m. sind. Wir haben in der letzten Ausgabe geschrieben: *„Während Scholz Ausweisungen nach Afghanistan durchführen lässt, begleitet ihn Sahra Wagenknecht und erklärt: ‘190 Milliarden Euro hat der Bund ... für Asylsuchende in Deutschland ausgegeben und bis 2028 wird mit weiteren 124 Milliarden Euro gerechnet (...) Das ist eindeutig zu viel. Nicht nur die Infrastruktur, sondern auch die Finanzen unseres Landes sind mit der unkontrollierten Migration überfordert.’ Das ist der Ausdruck des Zerfalls von Ex-Stalinisten und Sozialdemokraten, die das Lied der Rechtsextremen singen.“*

Folglich fordert das BSW-Wahlprogramm: *„Das Asylrecht wird in großem Stil missbraucht. Recht und Gesetz müssen bei Abschiebungen endlich wieder durchgesetzt werden.“* Denn: *„Das Asylrecht ist kein Recht für Verfolgte, in dem Land ihrer Wahl mit den großzügigsten sozialen Leistungen Aufnahme zu finden. (...) Es muss dringend reformiert werden. Asylverfahren sollten nach Möglichkeit außerhalb der EU in sicheren Drittstaaten stattfinden.“*

Die Spaltung zwischen »Einheimischen« und »Zugewanderten« hat eine lange, von Rassismus und Unterdrückung geprägte Geschichte.

Zur Erinnerung: Vor über 50 Jahren waren es überwiegend »migrantische« Arbeiterinnen und Arbeiter, die in der BRD an über 300 Orten in den Streik traten. Sie streikten gegen unzumutbare Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie griffen zum Mittel des »wilden«, also des nicht von der Gewerkschaft getragenen und geführten Streiks, verbunden mit der Kampfform der Werksbesetzung. Der bekannteste dieser Streiks dürfte der bei Ford in Köln-Niehl gewesen sein.

Zugleich wandten sich die Streikenden gegen die miserablen Wohn- und Lebensbedingungen in »Behelfsunterkünften«, Baracken, später »Wohnheime«, die zuvor als Zwangsarbeiterlager der Nazis gedient hatten...

Polizei und Werksschutz beendeten den Streik bei Ford gewaltsam.

Das Kapital und seine Presse (»Bild-Zeitung«) sprachen vom »Türken-Terror bei Ford«!

Der Bundesvorstand der IG Metall und der Betriebsrat bei Ford setzten gegen den »wilden« Streik den Aufruf Wiederaufnahme der Arbeit. Gemeinsam mit der Geschäftsführung legte der Betriebsrat ein Angebot an die Streikenden vor. Dieses »Angebot« war ein Spaltungsmanöver, das die Forderungen der »Gastarbeiter« ignorierte.

Die »migrantischen« Arbeiter hingegen versuchten die Einheit aller Beschäftigten herzustellen. So demonstrierten überwiegend türkische Arbeiter 1973 bei Ford in Köln-Niehl für »1 DM mehr für alle!«

Nach der gewaltsamen Beendigung des Streiks folgten Kündigungen bei Ford und Abschiebungen unter Duldung des Betriebsrates. Der Ortsbevollmächtigte der IG Metall in Köln wurde von der IG Metall entlassen. Er

hatte Sympathie für den Streik formuliert.

Die klare Position der I. Internationale

Dem Hass und die Hetze vor über 50 Jahren steht die aktuelle Kampagne gegen die »illegale Migration« in der Gegenwart in Nichts nach. Es war ein harter Kampf innerhalb der Gewerkschaften, die Spaltung gegenüber den »migrantischen« Kolleginnen und Kollegen zu überwinden. Das entsprach und entspricht der historischen Forderung der Arbeiterbewegung!

Denn bereits die I. Internationale hat diesen Kampf als zentralen Teil des Kampfes für die Emanzipation der Arbeiterklasse begriffen. So hat sie in ihren »Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation« vom 5. September 1866 u.a. erklärt: *„In Erwägung, ... daß die Emanzipation der Arbeiter weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken dieser Länder abhängt“* und folglich der Kongress im September 1866 erklärt, *„daß diese Assoziation und alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glauben oder Nationalität.“* (MEW, Bd. 16, S. 520)

Die I. Internationale stellt auch fest, dass das Scheitern vorangegangener Versuche *„an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder“* gelegen hat.

Der Kampf für den brüderlichen Bund der Arbeiterklassen der verschiedenen Länder ist unvereinbar mit den reaktionären Positionen des BSW, unvereinbar mit dem Aufruf zur Wahl dieses Bündnisses.

Notwendig und unverzichtbar ist heute mehr denn je: Werktätige, Gewerkschaften, Frauen, die Jugend vereint! Unsere Zukunft heißt Frieden gegen den globalen imperialistischen Krieg, Arbeitsplätze, Renten, von denen man leben kann und soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheitsversorgung für alle!

Vor diesem Hintergrund kämpft die ISG für den Erfolg der Dringlichkeitsversammlung am 21. – 23. März in Paris, deren Aufruf durch fünf Punkte definiert ist:

1. Es handelt sich um einen einzigen Krieg, von Gaza über das Chinesische Meer bis in die Ukraine;
2. es handelt sich um einen *imperialistischen* Krieg, der aus dem Zerfall des *kapitalistischen* Regimes resultiert;
3. in den imperialistischen Ländern: Der Kampf gegen den Krieg ist der Klassenkampf, um die kapitalistischen Regierungen zu vertreiben;
4. daraus resultiert: Beschlagnahme der Kriegshaushalte und Einsatz der Gelder für die Bedürfnisse der Werktätigen und der Jugend;
5. daraus resultiert auch: Verurteilung der Zustimmung zu den Kriegskrediten durch »Linke« in den verschiedenen Parlamenten.

Das sind die Forderungen der Arbeiterbewegung.

Lest und abonniert »Die Internationale«

Zeitschrift des Organisationskomitees für die
Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)

Ich bestelle Exemplare der Nr. Einzelpreis: 5,- EUR zzgl. Porto.

☐ geschlossener Umschlag: 1,55 EUR ☐ Ausland: 3,70 EUR

Ich abonniere »Die Internationale« im Abonnement (für 6 Ausgaben)

☐ im Hand-Abo: 30,- EUR

☐ im Post-Abo (geschl. Umschlag): 39,30 EUR ☐ Abo

Ausland: 52,20 EUR

Bestellschein an eMail: okw4i@web.de

Name:

Adresse:

eMail:



Lest und abonniert »Die Internationale - Arbeiterkorrespondenz«

Organ der deutschen Sektion des Organisationskomitees
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)

Ich bestelle ☐ Exemplare der Nr. Einzelpreis: 1,- EUR, zzgl. Porto.

☐ geschlossener Umschlag: 0,95 EUR ☐ Ausland: 1,70 EUR

Ich abonniere ☐ im Hand-Abo: 10,- EUR ☐ im Post-Abo: 19,50 EUR

☐ Jahres-Abo Ausland: 27,- EUR **für jeweils 10 Ausgaben**

Bestellschein an eMail: okw4i@web.de

Name:

Adresse:

eMail:

Die Internationale
Arbeiterkorrespondenz

Internationalistische Sozialistische Gruppe
deutsche Sektion des Organisationskomitees
für die Wiederherstellung der IV. Internationale (OK)
<https://internationalistische-sozialistische-gruppe.org>

Einladung zur Offenen Konferenz der Internationalistischen Sozialistischen Gruppe (ISG) am Samstag, 23. November 2024, 11.00 Uhr (per Videokonferenz.)

Die imperialistischen Kriege, Kriegsvorbereitungen der NATO, der EU und der Regierung Scholz. Aufblähen des Rüstungshaushaltes, die Organisation des sozialen Krieges gegen die Bevölkerung:

Wie den Widerstand gegen diese Kriegspolitik und ihre Regierungen der »Zeitenwende« organisieren?

Die von den imperialistischen Kriegen und vom sozialen Krieg gegen die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern geprägte Situation muss – nach Einschätzung der ISG – verstanden werden als Basistext des kapitalistischen Systems, das auf den Privatisierungen des Produktionsmittels beruht und das Streben nach Profit an jedem Preis durchzusetzen sucht. Das Überleben dieses Systems heißt Verfestigung des Krieges, die Zerstörung der Umwelt, die unendliche Spekulation und die Zerstörung der Produktivkräfte, die in Diktaturstrukturen umgewandelt werden, die auf den Märkten in Dienstleistungen wirtschaftlich verdrängen.

In diesem Sinne ist die »Zeitenwende« kein spezifischer Ausdruck deutscher, sondern Ausdruck der imperialistischen Politik global.

Das Vertrauen des Büros der Regierung Scholz auch im kommenden Jahr, der von verschiedenen politischen Parteien und Entscheidungsträgern bestärkt wird.

■ Von einem Bundeskanzler, der Rüstungs- und Kriegsausgaben von voraussichtlich 914 Milliarden Euro (nach NATO Kriterien) umfasst soll. Zugleich wird diese Haushaltsschere und in der Schärfe zunehmende Angriffe auf die sozialen Errungenschaften kräftig begleitet wird das Ziel einer ungenügenden Anzahl von Angriffen auf die demokratischen Rechte und Freiheiten, auf das Demokratien- und Versammlungsrecht und auf die Intelligenz. Das diese Angriffe untrennbar mit den imperialistischen Kriegen und dem sozialen Krieg in ihnen zusammen-

hängen, mag das »Brennstoffmodell« verdeutlichen, das in Kapitel 12 die »Kriegsfrage« regelt. 100 Prozent auf Anteil 50 der Grundgesetze und die »Anbieter von Produktionsmitteln« verpflichtet, der »Produktionsmittel« nachkommen. Damit wird dem gesamten Post- und Logistikbereich z.B. im »Quartalsplan« die Produktion gesteuert.

■ Von einer Bundesratswahl, von der niemand sagen kann, ob der geplante Termin im September 2025 eingehalten, oder die Regierung Scholz vorher ausstufen wird. In kann es durchaus möglich werden, dass die Regierung 15. aufgrund der Differenzen zu den Angriffen auf das Arbeitsrecht und die Migration anstandslos 11.000 Sozialisten wählen, die sich in einem Offenen Brief gegen Scholz und Fawcett Linie ausgesprochen. In einer Protestaktion der Bundesratswahl vorläufig 20 Abgeordnete der SPD gegen das »Einheitsgesetz« »Scholz« so heißt es, diese gegen mit der »Kriegsfrage«, als er verbindet das Verbot für seine Unterstützung der »Brot-Box-Scholz-Politik«, so wie er AfD und FDP für Flüchtlinge fordern, mit dem Fortbestand der Koalition.

■ Von Teilhabe, der insbesondere im öffentlichen Dienst mit von den Kriegen, und Rüstungsausgaben finanzierten Diktaturen zusammengefasst wird. Für den TVÖD (Bund, Kommunen) fordern die Gewerkschaften 8 Prozent, mindestens 100 Euro mehr Lohn. Am 31.12.2025 endet die Laufzeit des TVöD (Länder), also streiken Teilhabe der Industriegewerkschaften werden mit dem Diktat der Kapitalisten zur »Lösung der Kräfte der Arbeit« und der »Wettbewerbsfähigkeit« zusammengefasst.

■ Nicht zuletzt von den »Pfeilchen«-Ansprüchen des

*** Zusendung des Links erfolgt nach Anmeldung unter okw4i@web.de**

7 €

Das Übergangsprogramm

INHALT:

Einführung in die französische Ausgabe (Auszüge)
TEIL I: Bericht (Auszüge)

der II. Internationalen Konferenz des OK

TEIL II: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale
- Das Übergangsprogramm

TEIL III: Manifest der
II. Internationalen Konferenz des OK

TEIL IV: Manifest der IV. Internationale
- Der imperialistische Krieg und die Weltrevolution der Arbeiterklasse



Einzelpreis:

7,- EUR

A 4, 52 Seiten

zzgl. Porto:

☐ geschlossener

Umschlag:

1,55 EUR

☐ Ausland:

3,70 EUR

Bestellschein an

eMail:

okw4i@web.de